

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Amt für Planung und Naturschutz	Nr. 020/2015
--	------------------------

Betreff:

Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP)

Beratungsfolge	Termin
Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung Berichterstattung: KLD Müller	20.02.2015
Kreisausschuss Berichterstattung: Ltd. KBD Gnerlich	06.03.2015
Kreistag Berichterstattung: Ltd. KBD Gnerlich	13.03.2015

Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Falls ja:		
Im Haushaltsplan vorgesehen:	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Produkt	Nr.	Bez.
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr.	Bez.
Betrag a) für den Zweck veranschlagt und b) nunmehr erforderlich	a) EUR b) EUR	
1) Investitionsauszahl./einmalige Aufwendungen:	2) Lfd. Aufwendungen (einschl. Abschreibungen) jährlich:	
insgesamt: EUR	insgesamt: EUR	
Beteiligung Dritter: EUR	Beteiligung Dritter: EUR	
Belastung Kreis Warendorf: EUR	Belastung Kreis Warendorf: EUR	

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Kreises Warendorf appelliert an:

- das Parlament der Europäischen Union
- die Kommission der Europäischen Union
- den Deutschen Bundestag
- die Bundesregierung
- den Landtag NRW
- die Landesregierung NRW

die Forderungen des gemeinsamen Positionspapiers des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungsabkommens „Trade in Services Agreement“ (TISA), sowie des bereits verhandelten Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) zu berücksichtigen.

Erläuterungen:

Der Sachverhalt wurde in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Planung am 21.11. 2014 und im Kreisausschuss am 05.12 2014 beraten.
Eine Beschlussfassung ist nicht erfolgt.

Zum Thema liegt ein gemeinsames Positionspapier des Deutschen Landkreistages, des Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen vor.

Die Verwaltung schlägt vor, sich der Beschlussfassung der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) anzuschließen.
Der Landschaftsverband unterstützt das gemeinsame Positionspapier und appelliert an die Europäische Union, den Bund und das Land, bei den laufenden Verhandlungen die enthaltenen Forderungen zu berücksichtigen.

Anlagen:

Anlage 1 - Gemeinsames Positionspapier

Anlage 2 - Schreiben d. Ministeriums f. Inneres u. Kommunales NRW

1. _____
Amtsleitung

2. _____
Dezernent

3. _____
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen
Auswirkungen)

4. _____
Landrat